



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Christian Klingen, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes AfD**

Neugestaltung der Agrarpolitik zugunsten bäuerlicher Betriebe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis zum 31.12.2020 eine Expertenkommission einzuberufen, die Vorschläge im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erarbeitet mit dem Ziel, dass die EU-Ausgleichszahlungen entkoppelt werden von den bewirtschafteten Flächen, sodass kleine bis mittlere bäuerliche Familienbetriebe ohne Fremdarbeitskräfte stärker gefördert und deren Marktnachteile ausgeglichen werden.

Die Expertenkommission soll bestehen aus Vertretern der landwirtschaftlichen Verbände, Agrarwissenschaftlern und Landwirten aus der Praxis.

Begründung:

Im Gegensatz zu den Lippenbekenntnissen zahlreicher Agrarpolitiker für die „bäuerliche Landwirtschaft“ geht der Strukturwandel zu immer größeren Betrieben beschleunigt weiter:

In der deutschen Landwirtschaft wurden im Jahr 2019 rund 266 600 Betriebe gezählt, im Jahre 2001 waren es noch ca. 449 000. Das heißt, über 40 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland haben allein von 2001 bis 2019 aufgegeben. Die kommende Reform der EU-Agrarpolitik für 2021 bis 2027 wird diesen Trend weiter verstärken.

2019 gab es in Bayern noch 105.300 Bauernhöfe mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von rund 30 Hektar. Im Jahre 2001 waren es noch 146 162.

Beispielhaft sei hier die Milchviehhaltung genannt: Der durchschnittliche bayerische Milchzeuger bewirtschaftete im Jahr 2019 42 ha Landwirtschaftsfläche, hielt rund 39 Milchkühe und erzeugte 284 000 kg Milch (2012: 207 000 kg). Unter Berücksichtigung einer angemessenen Höhe der Arbeitskosten errechnet sich für Bayern ein Erzeugerpreis in Höhe von fast 50 Cent pro kg. Das sind die höchsten Erzeugungskosten in Deutschland! Nicht zuletzt deshalb haben alleine in den letzten 3 Jahren über 10 Prozent der Milchviehhalter aufgeben müssen.

Obwohl Bayern die meisten Kühe hält, ist es das Bundesland mit den kleinsten Milchkuhherden. Im Schnitt halten bayerische Milchviehbetriebe 39 Tiere. Im extremen Gegensatz dazu der Osten Deutschlands: Betriebe in Brandenburg halten im Durchschnitt 225 Tiere, solche in Mecklenburg-Vorpommern 232. Der Anteil der Betriebe mit 100 und mehr Rindern liegt in Deutschland zwar nur bei 26 Prozent, diese halten aber 75 Prozent aller Tiere.

Daraus folgt ein struktureller Nachteil der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern, das mit dem bisherigen System der flächenabhängigen Beihilfen noch verstärkt wird.

Ähnlich sieht es auch bei anderen Produktionszweigen in der überwiegend bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in Bayern aus.

Die EU-Ausgleichszahlungen müssen daher entkoppelt werden von den bewirtschafteten Flächen, um die ungerechte Verteilung der Fördergelder zu Gunsten größerer Betriebe zu beenden.

Insbesondere sollen die Ausgleichszahlungen nach oben begrenzt und degressiv gestaffelt werden. Dadurch sollen kleine und mittlere Betriebe stärker gefördert und deren Marktnachteile ausgeglichen werden.